

Sächsischer Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtbürokrasse Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Hauptredaktion: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porchdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtendorf, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: R. Rohlfappeler

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gepaltene 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 172

Bad Schandau, Dienstag, den 26. Juli 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Der Arzt Dr. Dünnemann fuhr mit seinem Auto auf der Heimfahrt nach Brake in eine Gruppe von Mitgliedern eines Gesangsvereins. Drei Personen wurden überfahren. Eine Frau, Mutter von 8 Kindern, war sofort tot. Die beiden anderen Personen wurden schwer verletzt. Gegen Dr. Dünnemann, der sein Auto in nicht ganz nüchternem Zustande gelenkt haben soll, ist eine Untersuchung eingeleitet worden.

* In einer Versammlung der großdeutschen Volkspartei für Tirol wurden eine Reihe von politischen Forderungen aufgestellt, die in einem Gesetz zum Schutze der Republik, für Auflösung des Nationalrates und in einer Novellierung des Bundesbahngesetzes gipfelt.

Wirtschaftliche Hilfe für das Auslandsdeutschtum.

Von Emil Neugeboren-Kronstadt (Rumänien).

In der Vorkriegszeit hat das Auslandsdeutschtum vom deutschen Mutterland vor allem geistige und moralische Unterstützung erwartet und sie auch tatsächlich erhalten. Doch war auch materielle Hilfe in vielen Fällen notwendig; sie wurde gewährt und gern entgegen genommen. Sie ist gegenwärtig von besonderer Wichtigkeit, weil die wirtschaftliche Bedrängung des Auslandsdeutschtums unvergleichlich größer ist als früher. Das System der Minderheitenverfolgung hat sich sehr geändert. Früher wollte man internationalisieren, um das Volkstum des eigenen Mehrheitsvolkes zu kräftigen. Das wirtschaftliche Moment wurde dabei gelegentlich mit herangezogen, um den Druck zu verstärken, aber man hatte nicht die Absicht, die Minderheiten wirtschaftlich zu schädigen, weil man sie ja zur Ausfüllung der eigenen Reihen brauchte. Diese Bestrebungen treten heute zurück. An ihrer Stelle steht der Beutezug gegen den Besitz der Minderheiten. Man geht weniger auf Seelenfang als auf materiellen Gewinn aus. Die Enteignung wurde das Hauptwerkzeug der nachkriegszeitlichen Politik gegen Minderheiten. In Polen wie in Rumänien, in Südspanien wie in den baltischen Staaten haben die in der Hauptsache sozial gebachten Agrarreformen den Nebenzweck erhalten, den Grundbesitz der Minderheiten zu Gunsten des Mehrheitsvolkes zu verringern. Das wird heute schon ungeschwiegen in der Presse der betreffenden Staaten zugegeben, nachdem man es jahrelang als Verleumdung zurückgewiesen hatte; mag es auch vor dem Forum des Völkerbundes noch so entschieden abgelehnt werden. Von der Bodenenteignung ist man längst zur Enteignung von Baufähigkeiten fortgeschritten; der Raub der Domkirche in Kiew stellt bisher ohne Zweifel einen Rekord auf diesem Gebiete dar.

Diese direkte Methode der Besitzschädigung ist nicht schrankenlos durchführbar. Es tritt daher eine wirtschaftliche Begünstigung hinzu, die sich gegen die Minderheiten richtet. Hierfür ist das Vorgehen der Notenbank Rumäniens bezeichnend, die durch freigebigste Gewährung von Rediskontkrediten an rumänische Banken und umso größere Zurückhaltung gegenüber fremdländischen die ersteren wirtschaftlich in außerordentlichem Vorteil setzt.

Solches Vorgehen, vom blinden Chauvinismus des Augenblicks getrieben, ist im Grunde genommen eine ungeheure Lohnehe gegen die Minderheiten, die sonst bis zum äußersten entschlossen sind, gegen den sie hart bedrohenden Bolschewismus zu kämpfen, und daher auf peinlichste Schonung des Privateigentums und Wahrung sozialer Gerechtigkeit bedacht sein müssen.

Die Auslandsdeutschen werden überall in Ost- und Südosteuropa von dieser Vergewaltigungspolitik der Mehrheitsvölker am härtesten betroffen, weil sie infolge ihres stets bewiesenen Gewerdesieges vorwiegend zu den Besitzenden gehören. Die Überlegenheit ihrer Arbeitskraft läßt sich zwar nicht durch ungerechte Befehle und Verwaltungsmaßnahmen von heute auf morgen brechen, aber es fällt ihnen überall schwerer, gegen ungeordnete wirtschaftliche Verhältnisse und gewollte wirtschaftliche Benachteiligung zugleich zu kämpfen. Immer sehnsüchtiger blicken sie daher nach dem Mutterlande und seiner sich wieder machtvoll emporhebenden Wirtschaftskraft aus. Von ihm allein erwarten sie Hilfe. Sie könnten in Kreditgewährungen an die einzelnen Wirtschaftszweige des Auslandsdeutschtums bestehen oder auch darin, daß reichsdeutsche Wirtschaftsgruppen, die in die Lage veretzt werden, den deutsche Minderheiten aufweisenden Staaten Anleihen zu gewähren, hierin ihre Volksgenossen besonders berücksichtigen. In der Vorkriegszeit wäre es als lächerlich angesehen worden, Geschäft und Mitgefühl für bedrängte Volksgenossen im Ausland zu „verquicken“. Heute hat, was bei andern Völkern immer selbstverständlich war, auch der Deutsche gelernt, das Geschäft unter dem Gesichtspunkt nationaler Interessen zu betrachten. Für die Auslandsdeutschen war es hoheitsreichlich, zu erleben, daß die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen vor einigen Wochen unterbrochen wurden, als Polen bezüglich der deutschen Schulen in Polnisch-Oberschlesien vertragsbrüchig geworden war. Vor dem Kriege wäre derartiges wohl kaum möglich gewesen. Die Erhaltung des Auslandsdeutschtums ist jedenfalls für die deutsche Wirtschaft von außerordentlicher Wichtigkeit, und das zu diesem Zwecke investierte Kapital wird nicht vergeblich angelegt worden sein.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen

Ein französisches Kommuniqué.

Berlin, 26. Juli. Die Morgenblätter bringen folgende durch Havas verbreitete Mitteilung des französischen Handelsministeriums über die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen: In der abgelaufenen Woche ist in der Haltung der beiden Delegationen, die die Prüfung der letzten deutschen Vorschläge fortgesetzt haben, keine Veränderung eingetreten. Die deutschen Vertreter halten an gewissen Forderungen fest, die die französischen Unterhändler als mit den Interessen der Industrie und des Handels ihres Landes unvereinbar betrachten. Man ist jedoch der Ansicht, daß unter allen Umständen in dieser Woche eine Entscheidung eintreten müsse, und man neigt der Auffassung zu, daß die Unterhandlungen zur Unterzeichnung des in Vorbereitung befindlichen Abkommens führen dürften.

Rücktritt Hörfings vom Oberpräsidium.

Reichskonferenz des Reichsbanners.

(Siehe gestrige Nummer.)

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Otto Hörfing, hat bei der preussischen Regierung sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Der Grund soll in der Absicht Hörfings zu suchen sein, sich der Leitung des Reichsbanners, dessen Bundesführer er ist, voll und ganz widmen zu können.

Ob der Rücktritt Hörfings freiwillig erfolgt ist, ist fraglich. Hörfing, der Sozialdemokrat und eine stark umkämpfte politische Persönlichkeit ist, hat bekanntlich in seiner Eigenschaft als Reichsbannerführer in einem



Hörfing.

Severing.

Aufruf an das Reichsbanner zu den blutigen Vorkämpfen in Wien Stellung genommen, indem er die Maßnahmen der Wiener Polizei als ungeeignet bezeichnete und betonte, daß die Hilfslosigkeit der österreichischen Regierung das Unheil zu einer Katastrophe habe werden lassen. Die Reichsregierung hat daraufhin auf diplomatischem Wege in Wien sich wegen dieser Äußerungen Hörfings entschuldigen lassen, die auch als Entgehnung von der demokratischen und Zentrumspresse gerügt wurden, deren Anhänger neben den Sozialdemokraten zum Teil Mitglieder des Reichsbanners sind.

Auch Hörfing selbst hat auf der Reichskonferenz des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“, die in Magdeburg tagte, den von ihm erlassenen Aufruf als unglücklich stilisiert bezeichnet. Sachlich wollte er allerdings von seinen Ausführungen nichts zurücknehmen. Auf dieser Tagung gab Hörfing dann auch seinen Rücktritt vom Oberpräsidium bekannt, um, wie er sagte, sich ganz der Führung des Reichsbanners widmen zu können, da er dann nicht mehr durch seine Eigenschaft als Staatsangehöriger in dieser Durchführung gehindert wird. Ihm komme es vor allem darauf an, sich frei aussprechen zu können und zu handeln als Führer des Reichsbanners, dessen Grundlagen niemals vergessen werden dürften. Ein Zentrumsredner und ein Demokrat sprachen dem Führer des Reichsbanners ihr Vertrauen aus und betonten, daß nunmehr für ihren Führer gänzliche Elbogenfreiheit geschaffen worden sei.

Eine von der Reichskonferenz zum Schluß der Verhandlungen einstimmig angenommene Entschliehung dankt Hörfing für sein mannhaftes Auftreten, das die Lebensnotwendigkeiten der Republik allen anderen voranstelle. Der Kampf des Reichsbanners gegen Monarchisten und Kommunisten werde unter Hörfings Führung noch kraftvoller und planmäßiger als bisher fortgeführt werden. Außerdem beschloß die Reichskonferenz, dem Reichspräsidenten an seinem 80. Geburtstag die

Achtung und Verehrung auszusprechen, die „ihm als dem auf Grund der republikanischen Verfassung berufenen Präsidenten zukommt“. Zu einer Beteiligung an der Hindenburg-Spende soll auf die Mitglieder kein Zwang ausgeübt werden.

Wer der Nachfolger Hörfings als Oberpräsident der Provinz Sachsen werden wird, wird sich erst in den nächsten Tagen entscheiden. An erster Stelle wurde der Name des ehemaligen preussischen Innenministers Severing genannt; doch soll dessen Ernennung wieder fraglich geworden sein, da der Gesundheitszustand Severings noch viel zu wünschen übrigläßt. Als weitere Kandidaten kommen der sozialdemokratische Abgeordnete, der ehemalige deutsche Gesandte in Brüssel, Landsberg und andere linksstehende Persönlichkeiten in Frage.

Stalins Vorbereitung zum Kampf gegen die Opposition.

Riga, 25. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird, bereitet sich Stalin zum Kampf gegen die Opposition vor. Der Opposition werden folgende Punkte zur Last gelegt:

1. Die Opposition leugne die Grundzüge Lenins und arbeite ihnen entgegen.
2. Die Opposition stehe dem Menschewismus nahe.

Auf der Plenarsitzung werden Stalin, Ordjonikidse und die Schwester Lenins, Aljanowa, gegen die Opposition auftreten. Trocki und Sinowjew werden sich selbst verteidigen. Für die Erledigung der Oppositionsfrage sind zwei Tage der Sitzung in Aussicht gestellt. Es verlautet, daß Katowski und Kamenew sich gegen Trocki ausgesprochen hätten.

Neue Ermordungen in Sowjetrußland.

Riga, 25. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird, wurden am Sonnabend drei Buchhalter der Staatsbank, drei kirgisische Fürsten und zwei Bauern erschossen, und zwar die Buchhalter wegen Veruntreuungen, die Fürsten wegen Kampfes gegen die Sowjetregierung und die Bauern wegen der Ermordung des Kommunisten Soljony.

Katowski holt neue Instruktionen.

Riga, 25. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird, wird der russische Botschafter in Paris, Katowski, dort erwartet. Katowski verlangt, daß die Sowjetregierung eine Kompromißpolitik einschlägt, um den französischen Forderungen entgegen zu kommen. Ob diese Forderung von der Moskauer Regierung bewilligt werden wird, ist sehr zweifelhaft.

Ein Kriminalkommissar unter Landesverratsverdacht verhaftet.

Berlin, 26. Juli. Nach einer Morgenblättermeldung aus Gleiwitz wurde dort ein Beamter der politischen Abteilung der Landeskriminalpolizei, Kriminalkommissar Mann, unter dem Verdacht verhaftet, militärische Geheimnisse an Polen verraten zu haben.

Der Wassereintrich auf der Zeebe „Augusta Vittoria“

Recklinghausen, 25. Juli. Der Zusammenbruch des Schachtes III der Zeebe „Augusta Vittoria“ ist, wie nunmehr festgestellt, durch Bruch der Tübbings erfolgt. Der Schaden, der sich bisher noch nicht gänzlich übersehen läßt, wird auf drei bis vier Millionen Mark geschätzt, erhöht sich aber durch die Unmöglichkeit, auf den Schächten I und II in nächster Zeit einzufahren, wodurch übrigens eine Belegschaft von über 3000 Mann im Augenblick für längere Zeit arbeitslos wird.

Das Bild der Unglücksstelle, die gestern nur noch mit Gefahr betreten werden konnte, hat sich trotz der Aufräumungsarbeiten in der Zwischenzeit wenig geändert. Wie auch bei dem letzten ähnlichen Unglück in Oberhausen, zeigt der Schauplatz ein Bild von durcheinanderliegenden Gestängen, Holz- und Mauerresten, deren Aufräumung längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Entgegen anderen Schätzungen mißt der Durchmesser der Einbruchsstelle 80–100 Meter. Während am Sonntag noch die Gefahr bestand, daß die Ränder des Kraters weiter ausbrechen könnten, ist diese Gefahr im Laufe der Nacht beseitigt worden. Auch die Bevölkerung hat sich inzwischen wieder beruhigt. Die polizeiliche Aussperrung besteht jedoch nach wie vor. Die Räumungs- und Rettungsarbeiten werden fortgesetzt. Was an Maschinenmaterial verloren gegangen ist, kann natürlich nicht beurteilt werden. Von Zeebe-Seite wird festgestellt, daß wertvolle Maschinen nicht zerstört wurden.